

ANSBACH (mik) – Aufmerksam verfolgt wurde von den rund 200 jüdischen Zuwanderern in Ansbach die Wahl des Düsseldorfers Paul Spiegel zum neuen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland (siehe auch überregionalen Teil). Die sogenannten „Kontingentflüchtlinge“ erhoffen sich vom neuen Präsidenten verstärkte Bemühungen um die Integration der jüdischen Zuwanderer aus den ehemaligen Sowjetstaaten. In Ansbach hatte sich im vergangenen Jahr in dieser Frage Resignation breit gemacht.

Zehn Jahre nach dem Beginn der Zuwanderung russisch sprechender Juden nach Deutschland stehen die jüdischen Gemeinden vor einer kaum lösbarer Aufgabe: Rund 30 000 eingewanderte Mitglieder sehen sich mittlerweile fast doppelt so vielen, russisch sprechenden Zuwanderern gegenüber, die in religiösen Fragen aber kaum bewandert sind.

Pläne gescheitert

In Ansbach – Stätte der einzigen Barock-Synagoge Bayerns, die noch im Originalzustand erhalten ist – hätte nur eine Handvoll Juden den Krieg

Wegzugstendenzen aus Ansbach halten an

Für jüdische Emigranten nur „Zwischenstation“

Hoffnungen auf neuen Zentralrats-Präsidenten – Geringer Zuzug aus dem Landkreis

und die Zeit des Nationalsozialismus überlebt. Diese waren später vor allem aus beruflichen Gründen weggezogen. In den 80er und zu Beginn der 90er Jahre gab es dann überhaupt keine Juden mehr in Ansbach. Erst als 1995 die ersten jüdischen Emigranten im Übergangwohnheim in der Würzburger Straße untergebracht wurden, formierte sich auch wieder der Wunsch nach einem religiösen Neubeginn.

„Wir wollen wieder eine jüdische Gemeinde in Ansbach gründen“, erklärten seinerzeit rund 30 jüdische Zuwanderer, die ihre Religion in der Sowjetunion jahrzehntlang nicht hatten ausüben können. Doch fünf Jahre später hat sich auch hier Ernüchterung breit gemacht, werden die Pläne, die liebevoll renovierte Synagoge wieder aus dem Museumsschlaf zu wecken, von den meisten Emigranten als „gescheitert“ erklärt.

„Dafür gibt es derzeit kaum Chancen“, meinen Aleksandr Palkin und seine Frau Faina. Seit vier Jahren lebt die Familie aus der Ukraine mit ihren zwei Kindern in Ansbach, die zweieinhalb-jährige Tochter ist hier geboren. In dieser Zeit haben sie die Bemühungen des früheren Sprechers der hiesigen Juden, Valeriy Vasserblay, unterstützt, der in unzähligen Briefen und Anfragen versucht hatte, einen Rabbi nach Ansbach zu holen oder ein Mitglied der hiesigen Flüchtlingsgemeinschaft zum Kantor ausbilden zu lassen.

Nürnberg „überlastet“

Vergeblich. Zehn beschnittene Männer, die im jüdischen Ritual bewandert sind und zur Neugründung einer Gemeinde zusammen kommen müssten, waren ebenfalls nicht in Sicht. Resigniert war Vasserblay mit seiner Familie schließlich nach Nürn-

berg gezogen. Seitdem gab es unter den in Ansbach lebenden jüdischen Familien niemanden mehr, der die Initiative aufgreifen wollte. Die meisten sahen Ansbach nur als eine „Zwischenstation“ an, die ihnen den Sprung in eine Großstadt mit bestehender jüdischer Gemeinde eröffnet.

„Die Wegzugstendenz ist nach wie vor sehr groß“, bestätigt der Ausländer- und Aussiedlerbeauftragte der Stadt, Peter Bohrer. Zwar würden die rund 90 Plätze im Übergangwohnheim immer wieder belegt. Doch nur knapp 30 Prozent der jüdischen Kontingentflüchtlinge, die seit 1995 vom Bundesverwaltungsamt hier eingewiesen wurden, haben in Ansbach Wohnung und Arbeit gefunden. Der überwiegende Teil habe dagegen die Stadt nach und nach wieder verlassen, ein geringer Zuzug sei allerdings aus dem Landkreis zu verzeichnen.

„Wir wollen gern in Ansbach blei-

ben“, unterstreicht dagegen Aleksandr Palkin. Er arbeitet als Schweißer in Windsbach, in die Großstadt zieht es ihn nur, wenn er in die Synagoge zum Beten gehen will. „Am Todestag der Eltern fahren wir immer nach Fürth“, erklärt Palkin. Dort würden auch die jüdischen Zuwanderer gern aufgenommen – die jüdische Gemeinde in Nürnberg sei hingegen „überlastet“.

Synagoge selten offen

Ähnlich sieht es die Familie von Eva Goryachok, die vor drei Jahren aus der Ukraine gekommen war. „Uns gefällt Ansbach“, sagt sie. Sie hält intensiven Kontakt zu einer Reihe von anderen jüdischen Familien aus den GUS-Staaten. Zwar würden sie gern auch die jüdischen Feste in der Synagoge feiern – doch die ist seit dem Jahre 1964 ein Museum und steht Besuchern nur selten zur Besichtigung offen. Während der „Woche der Brüderlichkeit“ finden darin auch Veranstaltungen statt, die der Aussöhnung zwischen Juden und Christen dienen. Auch das nehmen die jüdischen Familien mit Interesse wahr. „Immer, wenn die Synagoge offen ist, kommen wir.“

FLZ No. 10. Januar 2000